

Nach dem Militärputsch in Myanmar

Eliten im Kampf

Anfang Februar stürzte die Armee in Myanmar die demokratisch gewählte Regierung. Seitdem befinden sich Regierungschefin Aung San Suu Kyi und hochrangige Politiker in der Gewalt des Militärs. Die Bevölkerung und die Kirchen protestieren. **VON MARGARETHE ROßKOPF**

Katholische Ordensschwwestern, Priester, Seminaristen und Laien demonstrieren in zahlreichen Städten, beten für Frieden, für die Wiederherstellung der Demokratie und versorgen Demonstrierende mit Wasser und Verpflegung. Auch der Erzbischof von Mandalay ist dabei. Sie alle sind Teil des „Civil Disobedience Movement (CDM)“, das sich umgehend nach dem Putsch des Militärs in den frühen Morgenstunden des 1. Februar gebildet hat. Ihm haben sich im ganzen Land weite Teile der Bevölkerung – über Ethnien, Religionszugehörigkeit und Altersgruppen hinweg – angeschlossen. Die Demonstrierenden zeigen den Dreifingergruß, in den Händen halten sie Plakate mit Fotos der gestürzten Staatsrätin *Aung San Suu Kyi* und klaren Botschaften: „Please save our leader – Future – Hope“, „We Don't Accept Military Coup“, sowie nach dem Tod einer jungen Frau durch eine Kugel des Militärs „Real Bullet, Head Shot“, „They Shoot, They Kidnap“.

Viele jungen Menschen der „Generation Z“ sind dabei; sie fürchten um ihre Zukunft. Die Erinnerung an vergangenes Leid sitzt tief: Die Aufstände von 1988 und 2007 endeten blutig und mit Tausenden politischen Gefangenen, die teils jahrzehntelang in den Gefängnissen saßen. Das Misstrauen in der Bevölkerung ist extrem groß: In den vergangenen Jahren ist eine lebhaftere Zivilgesellschaft entstanden, auch dank des regen internationalen Austauschs. Heute sind die Myanmaren auch durch die modernen Medien besser vernetzt, flexibel und sehr kreativ darin, ihren Protest zu zeigen. Umgehend begann der Streik von Ärzten und Pflegepersonal (sie versorgen Patienten anderenorts). Weitere Branchen folgten: Arbeiter, Beamte in Behörden und Ministerien, einige Einheiten des Militärs und der Polizei, ebenso buddhistische Mönche. Trotz strenger Mediengesetze und der Zensur berichten mutige Journalisten, Bürger und Augenzeugen in den sozialen Medien, vor allem über Facebook, zeitnah über das Geschehen. Die Plattform hat zahlreiche Webseiten des Militärs gesperrt.

Die Demonstrierenden sagen aber auch: „Wir befürchten das Schlimmste“. Inzwischen gibt es einen Generalstreik, der die Wirtschaft und Banken lahmlegt, die Versorgung blockiert und viele Jobs kostet. Bereits durch die Lockdowns aufgrund der Corona-Pandemie sind tausende Jobs verloren gegangen, auch jene der Arbeitsmigranten im Ausland. Der Widerstand



Margarethe Roßkopf

ist seit 1996 beim internationalen katholischen Missionswerk *Missio* als Regional- und Länderreferentin für Asien tätig.

ist friedlich, aber überwältigend, scharf dagegen ist die Reaktion des Militärs (*Tatmadaw*). Mehrere tausend Personen wurden bereits verhaftet, viele von ihnen wurden bei nächtlichen Razzien aus den Häusern geholt. Es gibt zahlreiche Verletzte und nach sechs Wochen sind fast 200 Tote zu beklagen; Augenzeugen berichten, dass Menschen gezielt erschossen wurden. Auch vom massiven Einsatz von Folter wird berichtet. Das Militär hat den Protest eskaliert. Die Dynamik ändert sich nun. Mit dem Versuch einer gewaltsamen Niederschlagung des friedlichen Bürgerprotests hat inzwischen eine Radikalisierung des Widerstands begonnen.

Worum geht es? Eigentlich macht dieser Putsch keinen Sinn: „Das ist wie mit einem Hammer einen Moskito töten“, so ein westlicher Diplomat. Eine richtige Demokratie ist Myanmar nie gewesen. *Tatmadaw* und die Partei „National League for Democracy“ (NLD) sind Institutionen der Eliten, die sich wenig für das Volk interessieren. Es handelt sich wesentlich um einen Konflikt unter Eliten um Macht sowie wirtschaftlichen Einfluss auf Kosten der Bevölkerung. Die Generäle, die das Land heruntergewirtschaftet hatten, mussten in den Nullerjahren einsehen, dass sie nicht in der Lage waren, es gut zu führen. Sie zogen sich in die zweite Reihe zurück, haben ihre Macht jedoch niemals komplett abgegeben – im Gegenteil. Die *Tatmadaw* hat sich in der von ihr kreierten Verfassung von 2008 eine große Machtfülle gesichert: die Führung der drei wichtigen Ministerien Inneres, Verteidigung und Grenzschutz sowie jeweils 25 Prozent der Parlamentssitze in beiden Häusern, was ihr eine Sperrminorität gegen jedes unerwünschte Gesetzesvorhaben oder gar eine Reform der Verfassung sichert.

Diese Macht wurde bereits durch die Ergebnisse der Wahlen vom November 2015 mit dem deutlichen Sieg der Partei NLD unter der Leitung von *Aung San Suu Kyi* eingeschränkt. Die Bevölkerung verlangte nach Demokratie, die *Tatmadaw* akzeptierte. Staatsrätin und de-facto-Regierungschefin *Aung San Suu Kyi* hatte es jedoch mit einem nicht nur militärisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich sehr starken Militär zu tun, das es seit Jahrzehnten gewohnt ist, eine zentrale politische Rolle zu spielen. Ohne seine Duldung waren ihre Handlungsspielräume begrenzt. Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag hielt sie dem Militär in der Frage der Menschen-

rechtsverletzungen gegen die Rohingya den Rücken frei, wobei es allerdings auch in der NLD starke antimuslimische Kräfte gibt und ihre eigene Position keine klare Distanz erkennen lässt. Bei den Wahlen vom November 2020 nun erzielte die NLD einen erneuten, mit 83 Prozent der abgegebenen Stimmen noch deutlicheren Sieg. Die dem Militär nahestehende Partei „Union Solidarity and Development Association (USDP)“ dagegen erfuhr eine demütigende Niederlage, auch einige Parteien von Minderheiten wurden kaum gewählt.

Die Menschen in Myanmar fürchten das Militär, sie vertrauen Aung San Suu Kyi, obwohl diese etliche Wahlversprechen nicht eingehalten hat. So wurde die Pressefreiheit wieder reduziert und zunehmend autoritärer regiert. Dennoch konnte ihre Regierung einige Fortschritte erreichen, etwa bei der Bekämpfung der Korruption oder der Errichtung von öffentlicher Infrastruktur. Auch konnte die Tatmadaw nicht alle Wünsche, etwa nach mehr Geld, durchsetzen. Erste Schritte zur Machtbegrenzung des Militärs zeigten Erfolg. Zu etlichen Regelungen der Verfassung von 2008 wurden bereits Änderungen vorgenommen oder deren Abschaffung gefordert.

Die Tatmadaw war sich im November 2020 wohl der Dauerhaftigkeit und Selbstverständlichkeit ihrer Machtfülle und Rechte nicht mehr sicher. Eine zweite Amtszeit von Aung San Suu Kyi und der NLD hätten daher den Druck für eine weitere Demokratisierung deutlich verstärkt. Ebenso wird von einem

zunehmend schwierigeren Verhältnis zu General *Aung Hlaing* berichtet. Ihm werden zudem Ambitionen auf das Amt des Präsidenten nachgesagt, wenn er aus Altersgründen sein militärisches Amt im Sommer 2021 abgeben muss. Auch dies wäre nach dem Wahlausgang vom November 2020 wenig wahrscheinlich gewesen. Bereits Ende Januar gab es daher Anzeichen eines bevorstehenden Putsches.

Forderungen nach politischen Lösungen

Das Militär schritt just am frühen Morgen des 1. Februar zur Tat, an dem die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments hätte stattfinden sollen. Staatsrätin Aung San Suu Kyi und weitere Mitglieder der Regierung wurden verhaftet, der Ausnahmezustand verkündet und eine Übergangsregierung unter Interimspräsident *Myint Swe* (einem ehemaligen als Hardliner bekannten General) eingesetzt. Hauptvorwurf der Putschisten ist ein angeblicher und bislang nicht belegter „millionenfacher Betrug bei den Wählerlisten der Wahlkommission“ und die angebliche Weigerung der bisherigen Regierung, dies aufzuklären. Gemäß der §§ 417 und 418a der Verfassung (Regelung eines Ausnahmezustands) habe gehandelt werden müssen. Versprochen wird dem Volk eine erneute Wahl nach einem Jahr mit der Einführung einer „richtigen Demokratie“ mit „Mehrparteiensystem“, wie in der Verfassung vorgesehen. Ob und wann diese Wahl stattfinden wird und unter welchen Bedingungen, bleibt allerdings offen.

TON AN FÜR MEHR DEBATTE

DEIN AKADEMIEPODCAST.
JETZT REINHÖREN!



MIT HERZ
UND HALTUNG

WWW.LEBENDIG-AKADEMISCH.DE



Wie reagieren die Religionsgemeinschaften, vor allem die christlichen Kirchen? Übereinstimmend wird berichtet, dass sich Angehörige aller Religionsgemeinschaften an den Protesten beteiligen. Sie fordern die Freilassung der Gefangenen, die Wiedereinsetzung der abgesetzten Regierung, die Rückkehr zur Demokratie sowie zu Frieden und Versöhnung.

Als Patron der „Religions for Peace Myanmar“ und Co-Präsident der RFP International veröffentlichte Kardinal *Charles Maung Bo*, Erzbischof von Yangon und Präsident der Föderation der asiatischen Bischofskonferenzen, bereits am 25. Januar – als bereits Putschgerüchte kursierten – den gemeinsamen Aufruf „An urgent, fraternal Appeal for Peace and Reconciliation“. Der Aufruf enthält sieben Forderungen. Die Bedingungen für den Frieden müssten geschaffen und die Diskriminierung aller Ethnien beseitigt werden. Zudem fordert der Erzbischof die Demilitarisierung Myanmars und mahnt die Suche nach einer politischen Lösung an. Dazu gehörten die Weiterführung der Reformen bei Justiz, Bildung, sozialer Wohlfahrt sowie im Gesundheitssystem, die Dezentralisierung von Entscheidungen und die Vorbereitung der nächsten Generation. Myanmar müsse in seine Jugend investieren. Jeder solle sich engagieren, besonders aber alle Personen mit Leitungsverantwortung, um eine „neue Ära der Einheit und Solidarität“ aufzubauen.

In seiner Botschaft vom 3. Februar an die Bevölkerung in Myanmar sowie an die internationale Gemeinschaft fordert Bo die Bevölkerung auf, ruhig zu bleiben und keine Gewalt anzuwenden. Der Tadmaw schreibt er ins Stammbuch, eine große Chance für politische Lösungen verspielt zu haben. Die Bevölkerung sei die leeren Versprechungen leid und werde niemals falsche Botschaften akzeptieren. Die inhaftierten NLD-Mitglieder sollten freigelassen werden. Den Verhafteten sichert Kardinal Bo Unterstützung zu, weist jedoch zugleich die Mitglieder der bisherigen Regierung – einschließlich Aung San Suu Kyi – auf ihre Mitschuld an den Geschehnissen hin. Er kritisiert die fehlende Bereitschaft für Dialog und Kommunikation sowie die mangelnde gegenseitige Akzeptanz. Von der internationalen Gemeinschaft verlangt er, sich mit der Realität auseinanderzusetzen und keine abrupten Urteile und Beschlüsse zu treffen. Es solle nicht mit harten Sanktionen reagiert werden, da diese nur die Falschen begünstigten, aber Elend für die Bevölkerung bringen. Er endet mit einem Aufruf für Frieden und Demokratie.

Die Bischöfe unterstützen den friedlichen Protest. Auch die Katholische Bischofskonferenz Myanmars (CBCM) verlangt von der Tadmaw die Freilassung der Verhafteten, die Rückkehr zum Dialog und – anstatt zu schießen – das Investieren von Energie in Versöhnung. Dem haben sich Papst *Franziskus*, der im November 2017 Myanmar besucht hatte, sowie Christen aus aller Welt angeschlossen. Die katholische Kirche in Myanmar engagiert sich seit langem mit ihrer vielfältigen sozialpastoralen Arbeit für einen friedlichen Wandel in der Gesellschaft und das, was sie als *nation building* bezeichnet: Frieden und Versöhnung, Förderung und Stärkung der ethnischen Minderheiten (die gut 700.000 Katholiken sind ebenfalls eine religiöse und mehrheitlich ethnische Minderheit und erfahren seit langem mehrfache Diskriminierung), interreligiöser Dialog und ganz besonders Ausbildung und Förderung junger Menschen.

Ihre Positionen treffen sich mit den Anliegen der evangelischen Seite (Myanmar Council of Churches): Sanktionen für die Verantwortlichen, Förderung einer demokratischen Dialogkultur und einer Spiritualität der Einheit in Verschiedenheit, Jobs für die arbeitslose Bevölkerung, Förderung der Familien als einem „Basislager für den Weltfrieden“, Förderung der oft hoffnungslosen, entwurzelten und nicht selten suchtanfälligen Jugendlichen durch die Vermittlung von „life skills“ und einer realistischen Perspektive, Ausbildung verantwortlicher Führungskräfte für das Land sowie – endlich – Wertschätzung, Bildung, Zugang zu Informationen und Ressourcen sowie Entscheidungsfreiheit für die Frauen. Gerade die Frauen sind noch immer massiv diskriminiert, erfahren extreme Ungleichheit und Ungerechtigkeit, tragen jedoch die Hauptlast der Folgen von Bürgerkriegen und wirtschaftlichen Krisen. Ergänzen muss man auch die von den Kirchen getragene Forderung nach Entlassung der vielen Kindersoldaten, sowohl bei der Tadmaw als auch bei den ethnischen Armeen, ihre gesundheitliche und psychosoziale Begleitung mit Bildung, gesellschaftlicher Integration sowie Entschädigung. Benötigt wird auch die nachprüfbare Selbstverpflichtung, künftig keine Kindersoldaten mehr zu rekrutieren.

Was tun? Der internationalen Gemeinschaft sollte der Putsch nicht gleichgültig sein. Sie sollte diese mutigen Bürgerinnen und Bürger unterstützen und sie nicht alleine lassen. Sie bitten ausdrücklich um diese Hilfe! Dabei gilt es sorgfältig abzuwägen. Breite Sanktionen gegen das Land würden vor allem die Bevölkerung treffen, die sich, ohnehin bereits wirtschaftlich stark geschwächt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (keine Einkünfte während der Lockdowns, Verlust der lebenswichtigen Jobs der Arbeitsmigranten in Thailand und anderen Ländern), trotzdem gegen die Junta auflehnt. Dringend benötigte Güter wie Medikamente könnten nicht mehr importiert werden.

Angemessen sind gezielte Sanktionen gegen die militärische Elite. Militärangehörige und ihre Familien sind seit vielen Jahren mächtige wirtschaftliche Akteure mit lukrativen Firmen und großen Vermögen. Die USA und mehrere andere Länder haben inzwischen die Vermögen hochrangiger Militärs eingefroren. 137 Nichtregierungsorganisationen aus 31 Ländern fordern vom Weltsicherheitsrat als Minimum ein Waffenembargo. Die Exporteure, darunter China, Indien, Nordkorea, Russland, die Ukraine und Israel, sollen dem Militär keine Waffen mehr verkaufen dürfen. Die UN soll auf die Junta Druck ausüben, den Putsch rückgängig zu machen. Die Aussichten auf Erfolg erscheinen gering und hätten wohl auch eher symbolischen Charakter.

Die Reaktionen aus der internationalen Gemeinschaft sind gemischt: gezielte Sanktionen der USA und der EU gegen Militärangehörige, Zurückhaltung aus dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) sowie aus China und Russland (etliche Länder haben ihre je eigenen Interessen im Land, nicht zuletzt geostrategische), aus Thailand und Indonesien dagegen die Aufforderung an die Bevölkerung, die Entscheidung des Militärs zu akzeptieren – was heftigen Protest hervorgerufen hat.

Wie kann es künftig weitergehen? Aung San Suu Kyi, lange Zeit als Ikone der Freiheit und Demokratie in fast überirdische Sphären erhöht, konnte die riesigen Erwartungen an sie nicht alle erfüllen. Jetzt ist sie 75 Jahre alt. Sie ist wichtig, aber nicht alles hängt mehr von ihr ab. Ihr Rückzug aus der aktiven Politik ist absehbar. Die NLD braucht daher möglichst bald eine starke Nachfolge, doch eine solche ist derzeit nicht in Sicht. Die „Lady“ hat es bislang versäumt, eine Nachfolgeneration aufzubauen. Das Durchschnittsalter der „Granden“ der Partei liegt bei über 70 Jahren – keine guten Voraussetzungen für eine kraftvolle Zukunft.

Die „Lady“ bekam ihre Rolle zudem nicht aus eigener Kraft, sondern dank ihres Vaters, General *Aung San*, der für eine Unabhängigkeit Myanmars kämpfte. In Asien braucht eine Frau die Unterstützung ihres Vaters oder ihres Ehemannes, um Ruhm zu erlangen. Ihr Engagement für Demokratie unter Hausarrest stärkte das Vertrauen in sie. Anstoß erregte jedoch ihr zunehmend autoritärer Regierungsstil. Die NLD benötigt zudem dringend eine inhaltlich neue Ausrichtung. Auch die USDP muss sich grundlegend reformieren, will sie ihr schlechtes Image abstreifen und künftig eine Wahl gewinnen: Dazu gehören ihr Name, Personal, Mitgliederstruktur und Programm.

Eine Fülle drängender Themen steht an. Die Rolle des Militärs muss geklärt werden, ebenso die Frage nach den Rechten der ethnischen und religiösen Minderheiten (Myanmar gilt als eines der ethnisch heterogensten Länder der Welt). Es gibt nach wie vor Bürgerkriege in etlichen ethnischen States. Hier bedarf es eines Friedensprozess sowie der Entwaffnung der Rebellengruppen, Minenräumung, die Rückkehr vertriebener Bewohner oder Entschädigung, wenn dies nicht möglich ist. Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte für die Rohingya sowie Entschädigung für vernichtetes Eigentum und erlittenes Leid sind weitere Aufgaben, die es zu bearbeiten gilt.

Die Beteiligung der Bevölkerung an den Gewinnen aus den natürlichen Ressourcen, Klärung der Rechte und Pflichten internationaler Konsortien, weiterer Ausbau der Infrastruktur und der Aufbau eines föderalen Systems gehören ebenfalls dazu. Eine Reform des Wahlrechts sollte stattfinden, die der Diversität der Regionen und Ethnien gerecht wird. Frauen sollten gefördert, das Verhältnisses von Religion(en) und Staat geklärt und eine Verfassungs- und Justizreform angestoßen werden.

Guten Willen und fähige Akteure vorausgesetzt sind dies Herkulesaufgaben für die nächsten Jahrzehnte. Der Ausgang ist offen. ■

Volksentscheid in der Schweiz

Vollverschleierung in der Öffentlichkeit zukünftig verboten

Mit einer knappen Mehrheit von 51,2 Prozent haben sich die Schweizer bei einem Volksentscheid für ein Verschleierungsverbot in der Öffentlichkeit ausgesprochen. Damit ist unter anderem die Vollverhüllung durch die muslimische Burka oder den Nikab verfassungsrechtlich verboten. Das Verbot gilt zwar auch für vermummte Sportfans oder Demonstranten. Allerdings hatte sich die öffentliche Debatte zügig auf die Vollverschleierung muslimischer Frauen fokussiert. Ausnahmen, etwa das Tragen von medizinischen Masken, bleiben erlaubt. An der Abstimmung hatte sich nur rund die Hälfte der Schweizer beteiligt.

Hinter der Initiative steht das „Egerkinger Komitee“, das bereits 2009 ein Bauverbot von Minaretten in der Schweiz, ebenfalls durch einen Volksentscheid, durchsetzen konnte. Das der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) nahe stehende Komitee gilt als islamkritisch. Der Verein führte als Gründe für das Verbot Freiheitsrechte, die Gleichstellung von Frauen und christlich-abendländi-

sche Werte an. Der islamische Extremismus soll durch das Verbot eingedämmt werden. Die Regierung, das Parlament, die meisten Parteien, aber auch Religionsvertreter und Frauenverbände hatten sich dagegen ausgesprochen. Kleidervorschriften gehörten nicht in die Verfassung. Zudem sei der Anteil der betroffenen Frauen sehr gering. Landesweit sind es nach Erhebungen des Luzerner Zentrums für Religionsforschung weniger als drei Dutzend Frauen, überwiegend tragen Touristinnen aus arabischen Ländern Vollverschleierung.

Der Islamische Zentralrat der Schweiz und die Jung-Grünen kündigten nach dem Volksentscheid Klagen dagegen an. Auch das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen kritisierte das Verhüllungsverbot. Damit dürften Musliminnen in der Schweiz aktiv diskriminiert werden, so eine Sprecherin. Die Kampagne vor dem Referendum habe fremdenfeindliche Untertöne gehabt. Ein gesetzliches Verbot von Burka und Nikab schränke die Religionsfreiheit muslimischer Frauen übertrieben ein. Beschrän-

kungen in diesem Ausmaß dürfe es nur zum Schutz von öffentlicher Sicherheit, Gesundheit, Sitte oder der Grundrechte anderer geben. Kritiker der Initiative bezeichnen das Verbot als „reine Symbolpolitik“. In der Schweiz wird seit mehreren Jahren über ein nationales Verhüllungsverbot diskutiert. Nach dem Referendum sind nun die Kantone in der Pflicht. Sie müssen das neue Gesetz innerhalb von zwei Jahren umsetzen.

In den Kantonen St. Gallen und Tessin wurde ein solches Verbot bereits 2016 beziehungsweise 2018 erlassen. In vielen anderen Kantonen wurden ähnliche Initiativen und Vorstöße bislang abgelehnt. In Basel-Stadt hatte das Parlament ein Verhüllungsverbot 2013 für rechtlich unzulässig erklärt. Durch das Referendum gilt nach Österreich, Frankreich, Dänemark und Belgien nun in einem weiteren Nachbarland Deutschlands ein Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit. Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg sieht man darin keinen Verstoß gegen Menschenrechte.

Dana Kim Hansen-Strosche